

Momente

BEITRÄGE ZUR LANDESKUNDE
VON BADEN-WÜRTTEMBERG



4|2017

Einzelverkaufspreis 7,00 €



Nationalsozialismus

Wie das Regime im Südwesten
funktionieren konnte



SCHULPOLITIK –
Ein NS-Minister schuf Fakten



WILLKÜRJUSTIZ – Die Unrechts-
urteile der Sondergerichte



SÄUREFREI –
Wie die Entnazifizierung scheiterte

Titel: Eine dicht gedrängte Menge beim Hitlergruß auf dem Marktplatz in Schwenningen, vermutlich 1933 (siehe Seite 2).

02



14



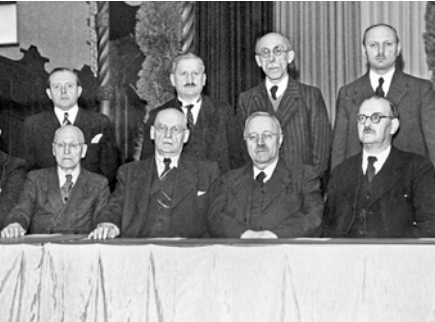
18



28



32



02 BÜRGERMEISTER IM NS

Machtlose Befehlsempfänger oder eigenständige Akteure?
Bürgermeister im Nationalsozialismus am Beispiel von Villingen und Schwenningen
Robert Neisen

07 INTERVIEW

„Sympathisch wurde er mir nicht“
Herausgeber Prof. Dr. Frank Engehausen über die Edition der Lebenserinnerungen von Friedrich Karl Müller-Trefzer

08 VERWALTUNG IM ELSASS

„Entschlossen, für den Führer einzutreten?“
Elsässische Bedienstete im Dienst des nationalsozialistischen Staates
Marie Muschalek

10 ZENTRALISIERUNG SCHEITERT

Bezirksnotare für die Volksgemeinschaft
Wie das württembergische Bezirksnotariat die „Verreichlichung“ der Justiz nach 1933 überstand
Tobias Sowade

12 SCHULPOLITIK

„Erziehung zum deutschen Menschen“
Das badische Kultusministerium richtete seine Schulpolitik früh auf die Parteilinie der NSDAP aus
Frank Engehausen

14 STEILE UNI-KARRIERE

Erschreckend normale Karrieren
Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der Universität Hohenheim
Anja Waller

18 WILLKÜRJUSTIZ IM NS-STAAT

Kurze Prozesse und Unrechtsurteile
Wie das Sondergericht Stuttgart von 1933 bis 1945 Widerstand und Kritik unterdrückte
Sabrina Müller

22 GIFT DER DENUNZIATION

Eine denunzierte Denunziantin
Die Karlsruher Buchhändlersfrau Elisabeth Selinger beschäftigte das Mannheimer Sondergericht gleich mehrfach
Frank Engehausen

24 RUBRIK: LAND&LEUTE

Julius Karg
(1907 – 2004)
Wolf-Ingo Seidelmann
Willi Geiger
(1909 – 1994)
Helmut Kramer
Magdalene Schütte
(1904 – 1980)
Karl-Horst Marquart
Martha Fauser
(1889 – 1975)
Angela Borgstedt

28 RUBRIK: SÄUREFREI

Wie das braune Hemd zur weißen Weste wurde
Das Staatsarchiv Sigmaringen hat seine fast 150.000 Spruchkammerakten in einem Online-Findbuch erschlossen
Sabine Hennig

32 VERGANGENHEITSFRAGE

Der Fall „Maier gegen Maier“
Wie die Zustimmung der bürgerlichen Abgeordneten 1933 zum „Ermächtigungsgesetz“ in Württemberg-Baden 1947 zu einem Untersuchungsausschuss führte
Michael Kitzing

36 RUBRIK: AUF SPURENSUCHE

Ein Gemälde zeigt seine Wunde
Die Provenienzforschung an der Staatsgalerie Stuttgart klärte das Schicksal von Willi Baumeisters „Seilspringerin“
Anja Heuss

40 RUBRIK: MUSEUMSLAND

Volontariat für die Zukunft
Das Potenzial der gründlichen Ausbildung muss noch mehr genutzt werden
Christian Rilling, Julia Opitz

SERVICE

42 BUCHTIPPS
44 AUSSTELLUNGEN & AKTUELLES
48 AUSFLUG IN DIE GESCHICHTE
49 IMPRESSUM
49 VERLOSUNG
Gewinnen Sie eine Kombi-Eintrittskarte samt CD
Zusammen mit dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart verlosen wir diesmal das direkte Erleben der Reformationsausstellung



Ziemlich unheimlich ...

... wird einem bei der Lektüre dieser Ausgabe: Wie schnell es ging und wie wenig Widerstand zu verzeichnen war, nachdem die Nationalsozialisten 1933 die Macht übernommen hatten, machen viele Beispiele deutlich. In der Justiz, an den Universitäten und in den Kommunen, in Politik und Gesundheitswesen war es üblich, den eigenen Vorteil vor inhaltliche Bedenken zu stellen. Weitere Bereiche wie Kunst oder Wirtschaft, die gleichermaßen nationalsozialistisch durchdrungen werden konnten, sind in diesem Heft nur angerissen. Die aktuellen Forschungsprojekte, die wir in dieser Ausgabe versammeln, zeigen, dass es inzwischen möglich und üblich ist, die Mitwirkenden beim Namen zu nennen. Und sie mahnen, auch in der Gegenwart für Demokratie und Menschenrechte einzutreten.

Ihre Redakteurin
Meike Habicht

Machtlose Befehlsempfänger oder eigenständige Akteure?

Bürgermeister im Nationalsozialismus am Beispiel von Villingen und Schwenningen



1933 setzte die NSDAP viele neue Bürgermeister ein, andere blieben über den Machtwechsel hinaus im Amt. In Villingen und Schwenningen lassen sich beide Varianten studieren. Sowohl der stramme Parteigenosse wie auch der Unabhängige testeten ihre Handlungsspielräume aus – letztlich stabilisierten beide das System.

Gleichgeschaltet, von allmächtigen Gau- und Kreisleitern gegängelt, willen- und machtlose Befehlsempfänger von Direktiven des Reiches ohne eigene Kompetenzen und Handlungsspielräume – das war das Bild, das die Historiografie zum Nationalsozialismus bis in die 1980er-Jahre hinein von den Kommunen im „Dritten Reich“ zeichnete. Dieses Bild wurde von den beteiligten Akteuren nur allzu gerne bestätigt, konnte man doch auf diese Weise die Verantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes bequem auf die Befehlshaber im Reich abwälzen.

In den letzten zweieinhalb Jahrzehnten haben jedoch unzählige Lokalstudien zu einem grundlegenden Wandel dieses Bildes geführt. Zum einen zeigte eine Reihe von Untersuchungen, dass sich die kommunalen Verwaltungen nicht nur bereitwillig selbst gleichschalteten, sondern die Verfolgung von „Volksfeinden“ durch eigene Initiativen beschleunigten und verschärften. Beobachten lässt sich dies etwa bei den Maßnahmen, die die einheimische jüdische Bevölkerung aus dem öffentlichen Raum und dem

örtlichen Gewerbe verdrängten, indem ihnen der Zutritt zu Bädern, Parkanlagen etc. verboten und sie von Märkten ausgeschlossen wurden. Zum anderen ergab ein Vergleich der Verhältnisse vor Ort, wie sehr die Stabilität und Akzeptanz nationalsozialistischer Herrschaft lokal variierte: Die Größe der jeweiligen Gemeinde, der Organisationsgrad der NSDAP, die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung, die vor 1933 dominierenden politischen Traditionen und Milieus, das Verhältnis der lokalen Parteigrößen zur Stadtverwaltung und zur lokalen Honoratiorenschaft, die Stärke bzw. Schwäche der Arbeiterbewegung, das Ausmaß an Korruption und Vetternwirtschaft der „braunen Bonzen“ vor Ort, die wirtschaftliche und finanzielle Situation der Kommune – all diese Faktoren hatten einen maßgeblichen Einfluss darauf, ob die NSDAP fest im Sattel saß und von einer Bevölkerungsmehrheit bereitwillig unterstützt wurde oder ob sie sich nur mühsam etablierte und viele Bürger auf Distanz blieben.

Nicht zuletzt hing die Ausprägung nationalsozialistischer Herrschaft auf lokaler Ebene auch von der Persönlichkeit der Bürgermeister und ihrer Verortung im Herrschaftsgefüge des NS-Staates ab. Dieser Aspekt steht im Zentrum dieses Beitrags. Er zeigt am Beispiel der Oberbürgermeister der Städte Villingen und Schwenningen, dass das Verhalten des jeweiligen Stadtoberhaupts auch im totalitären NS-Staat erhebliche Auswirkungen auf die Praxis der nationalsozialistischen Politik vor Ort hatte. Im Übrigen waren die beiden Städte zur Zeit des Nationalsozialismus noch eigenständig – Villingen mit 14.400 Einwohnern (1933), Schwenningen mit 20.600 (1933) – und gehörten mit Baden bzw. Württemberg verschiedenen Ländern an.

Wechsel und Kontinuität

Die nationalsozialistische Machtübernahme in Villingen und Schwenningen fand unter sehr unterschiedlichen Vorzeichen statt. In Villingen musste der demokratisch gewählte Bürgermeister Adolf Gremmelspacher, der dem Zen-

trum nahestand, im Juni 1933 auf Druck der lokalen NSDAP von seinem Posten weichen. Ihm folgte der erst 26 Jahre alte Volkswirt Hermann Schneider, der zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtübernahme die SA-Standarte in Schwenningen leitete.

Schneider war ein typischer Parteikarrierist, der über keinerlei kommunalpolitische oder Verwaltungserfahrung verfügte und seinen Aufstieg zum Bürgermeister von Villingen ausschließlich seinem Status als „Alter Kämpfer“ zu verdanken hatte. Er war schon als Schüler und Student in völkisch-rechtsextremen Vorfeldorganisationen der NSDAP aktiv gewesen und im Februar 1930 in die Partei eingetreten. Die Bürgermeisterstelle in Villingen hatte ihm ein von der NSDAP eingesetzter Ministerialreferent in der Kommunalabteilung des badischen Innenministeriums vermittelt. Schneider hatte sich zuvor bei ihm als Bürgermeister einer badischen Stadt ins Spiel gebracht. Außerdem wurde Schneider in Personalunion NSDAP-Kreisleiter von Villingen, womit diese Parteiposition als konfliktträchtige Gegeninstanz auf städtischer Ebene wegfiel.

In Schwenningen konnte hingegen der amtierende Bürgermeister Otto Gönnerwein sein Amt behalten, obwohl er als Mitglied der – im Juni 1933 zur Selbstauflösung gezwungenen – Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und Angehöriger einer Heilbronner Freimaurer-Loge der NSDAP äußerst suspekt blieb. Ein Teil der NSDAP-Ortsgruppe drängte daher beim Innenministerium auf seine Versetzung. Man habe, so der NSDAP-Ortsgruppenleiter Michael Fischbach in einem Brief an den Landrat im September 1933, „nicht den Glauben ..., dass er als Stadtvorstand für Schwenningen eine Arbeit leisten wird, die dem entspricht, was wir vom nationalsozialistischen Standpunkt aus verlangen“.

Dennoch beließ die Kommunalaufsichtsabteilung des Innenministeriums Gönnerwein im Amt. Der Hauptgrund: Die Schwenninger bzw. Württemberger NSDAP verfügte schlicht über keinen geeigneten Kandidaten, der für den

Eine dicht gedrängte Menge beim Hitlergruß auf dem Marktplatz in Schwenningen anlässlich des Erntedankfestes, vermutlich 1933. In der Mitte sind SA-Mannschaften zu erkennen.

Erschreckend normale Karrieren

Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der Universität Hohenheim



Der Reichsstatthalter von Württemberg, Wilhelm Murr (links), und Professor Percy Brigl (rechts) anlässlich der Rektoratsübergabe 1933 im Innenhof von Schloss Hohenheim. Brigl wurde im Mai 1933 Rektor von Hohenheim.

Viele Institutionen lassen inzwischen ihre Vergangenheit im Nationalsozialismus wissenschaftlich erforschen. Auch die Universität Hohenheim betreibt aktuell ein solches Projekt. Es zeichnet schamlose wissenschaftliche Karrieren zwischen 1933 und 1945 ebenso nach wie das Ringen um einen Neuanfang nach dem Ende des NS-Regimes.

Seit Februar 2016 befasst sich ein Forschungsprojekt an der Universität Hohenheim mit der NS-Vergangenheit der Hochschule. Was ist an lohnenswerten Funden zu erwarten, wenn man beginnt, in der Geschichte der einzigen im Dritten Reich selbstständig gebliebenen landwirtschaftlichen Hochschule zu graben? Wohl nicht der eine Sensationsfund, der sich auf ein herausgehobenes Ereignis oder eine Person bezieht, auch wenn man das erst am Ende des Projekts wird sagen können. Stattdessen lässt sich bereits jetzt festhalten, dass ein tiefergehender Blick in die Archive ein Bild von Wissenschaft im Nationalsozialismus zutage fördert, das durch eine Vielzahl erschreckend normaler wissenschaftlicher Karrieren gekennzeichnet ist.

Beispielhaft für solch eine Karriere mag der Werdegang von Otto Siegel stehen. Siegel hatte als junger Student im Sommer 1932 in Hohenheim die Hochschulgruppe des NS-Studentenbundes gegründet. Damals befand er sich in den letzten Zügen seines Studiums und war als Anhänger des Nationalsozialismus Anfang des Jahres Mitglied der NSDAP geworden. Mit der Hohenheimer Gründung verfügte nun auch die letzte Hochschule im Kreis Stuttgart über eine NS-Studentengruppe.

Die Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim bestand zu diesem Zeit-

punkt bereits seit über hundert Jahren. Sie war, was man heute eine international anerkannte Elitehochschule nennen würde, und zog jedes Semester viele ausländische Studenten an. Doch auch wenn die Hohenheimer Hochschulgruppe des NS-Studentenbundes bei ihrer Gründung lediglich 16 Mitglieder hatte, war sie an der kleinen Hochschule nahe Stuttgart keineswegs eine Randerscheinung.

Hohenheim hatte zu jener Zeit nur 117 eingeschriebene Studenten, die fast alle SA-Mitglieder waren. Die 16 Mitglieder der Hochschulgruppe des NS-Studentenbundes machten damit über ein halbes Jahr vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten knapp 14 Prozent der eingeschriebenen Studenten aus. Die Zugewandtheit der Hohenheimer Studenten zum Nationalsozialismus übertraf damit im Vergleich nicht nur die anderen württembergischen Hochschulen deutlich, sondern auch den reichsweiten Durchschnitt; dieser lag im Wintersemester 1932/1933 bei 4,1 Prozent.

Otto Siegel vereinte also die Hohenheimer Studenten, unter denen bereits während der Weimarer Republik eine völkisch-nationale Gesinnung weit verbreitet war, mit der Gründung einer NS-Studentengruppe. Die NSDAP-Gauleitung Württemberg-Hohenzollern äußerte sich über die Entwicklungen in Hohenheim hochzufrieden. Für Siegel selbst war es der Beginn einer Hochschulkarriere im Nationalsozialismus, in der er sich nicht nur fachlich, sondern vor allem ideologisch engagierte.

Mit dem Diplomzeugnis in der Tasche begann Otto Siegel im Herbst 1933 mit seiner Dissertation und sammelte währenddessen Ämter und Ehrabzeichen im „neuen Deutschland“: Mitglied in der SA seit April 1933, Ernennung zum Oberscharführer 1934, Ehrenzeichen des NS-Studentenbundes sowie Personalamts- und Schulungsleiter und Presseleiter des NS-Dozentenbundes.

Siegel wurde nicht müde, sich für die nationalsozialistische Sache einzusetzen. Mit seiner Ernennung zum Führer

der Studentenschaft 1934 stand er allen eingeschriebenen Studenten deutscher Abstammung in Hohenheim vor. Siegel organisierte Arbeitsgemeinschaften und politische Schulungen im Kameradschaftshaus für die Studenten, denn er sorgte sich um deren nationalsozialistische Grundlagenausbildung. Außerdem befasste sich Siegel mit der Reform des Landwirtschaftsstudiums und warb für die Arbeit des Reichsbauernführers sowie für die nationalsozialistische Agrarpolitik. Siegel fuhr zum Reichsparteitag nach Nürnberg und träumte von einem landwirtschaftlichen Studium, in dem Fachwissen mit charakterlicher Erziehung verschmilzt, um so, wie er sagte, den „Gedanken von Blut und Boden mit all ihren Folgerungen zum umfassenden Durchbruch zu verhelfen“.

Sein Einsatz zahlte sich für ihn aus. Als Doktorand am Pflanzenernährungsinstitut war Siegel auf der Suche nach einer Assistentenstelle. Weil eine solche nicht verfügbar war, wurde kurzerhand der Vertrag seines Kollegen Karl Pfeilsticker nicht verlängert und Siegel rückte an dessen Stelle. Die Hochschule tat sich allerdings schwer, das Ende der bereits fünfjährigen Zusammenarbeit mit Pfeilsticker zu begründen. Er war weder „jüdischer Abstammung“ noch politisch belastet oder beruflich ungeeignet: Pfeilsticker konnte konkret nichts vorgeworfen werden. Auch eine vierzehntägige Schutzhaft, die Pfeilsticker wegen „politischen Verdachts“ zu erleiden hatte, endete, ohne dass ihm etwas nachzuweisen war. Schließlich übernahm das württembergische Kultusministerium unter Christian Mergenthaler den Fall und entschied über die Causa Pfeilsticker. Es ordnete die sofortige Entlassung Pfeilstickers an.

Siegel profitierte damit von seinem frühen Engagement für die nationalsozialistische Politik: Sie ebnete ihm den Weg in den wissenschaftlichen Dienst an der Hochschule. Die Art und Weise, wie die Assistentenstelle an Otto Siegel vergeben wurde, bei der der Einsatz für die nationalsozialistische Sache als entscheidendes Kriterium galt, ist nur eines von vielen typischen Beispielen für die

Ein Gemälde zeigt seine Wunde

Die Provenienzforschung an der Staatsgalerie Stuttgart klärte das Schicksal von Willi Baumeisters „Seilspringerin“

„Provenienz“ bezeichnet die Herkunft. Bei der Provenienzforschung geht es vor allem um die Frage, ob ein Museum Werke besitzt, die in der Zeit des Nationalsozialismus unrechtmäßig entzogen wurden. In der Staatsgalerie Stuttgart sucht eine Provenienzforscherin systematisch nach Geschichten „hinter den Bildern“. Dazu dreht sie die Werke um – und siehe da: Auch die Rückseite kann zu spannenden Erkenntnissen führen.

Die „Seilspringerin“ von Willi Baumeister wurde 1971 vom Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg als Dauerleihgabe der Staatsgalerie Stuttgart übergeben. Bereits damals fiel auf der Rückseite ein tiefer Schnitt auf, der von den Restauratoren der Staatsgalerie stabilisiert werden musste. Wann und wodurch dieser Schnitt entstanden war, war zu diesem Zeitpunkt unbekannt.

Erst die Recherchen zur Herkunft dieses Gemäldes brachten im Rahmen der Provenienzforschung die überraschende Erklärung für diese Beschädigung: Das Bild stammte aus der Sammlung von Julius Schottländer, der in der Pogromnacht am 10./11. November 1938 in Mainz in seinem Haus überfallen wor-

den war. Er besaß mehrere Gemälde von Willi Baumeister, die bei dem Überfall von randalierenden SS-Mitgliedern beschädigt und zerstört wurden. Dazu gehörte auch die „Seilspringerin“.

Julius Schottländer (1887 – 1953) war ein Kaufmann jüdischer Herkunft in Mainz, der zeitgenössische Kunst sammelte. Er war mit dem Stuttgarter Sammler Hugo Borst (1881 – 1967) bekannt und mit dem Schweizer Maler Otto Meyer-Amden (1885 – 1933), einem Meisterschüler von Adolf Hölzel, befreundet. Etwa 1929 lernte er Willi Baumeister (1889 – 1955) in Stuttgart kennen. Der gebürtige Stuttgarter Willi Baumeister hatte an der Kunstakademie in Stuttgart studiert und war dort ein Schüler Adolf Hölzels gewesen. 1927 war Baumeister an die Frankfurter Kunstgewerbeschule (die spätere Städelschule) berufen worden und leitete dort von 1928–33 die Klasse für Gebrauchsgrafik, Typografie und Stoffdruck. Auch als der Künstler 1933 aus politischen Gründen aus seinem Frankfurter Amt entlassen wurde und nach Stuttgart zurückkehrte, hielten Schottländer und Baumeister bis zum Tod Schottländers 1953 den Kontakt aufrecht.

Im Holocaust wurde Julius Schottländers Schwester Selma Schottländer ermordet. Er selbst konnte mit seiner Frau emigrieren, musste aber vor seiner Ausreise in die Schweiz im Jahr 1939 zahlreiche verfolgungsbedingte Vermögensverluste hinnehmen. So legte das Finanzamt Emigranten wie ihm diskriminierende Abgaben wie die Reichsfluchtsteuer und die Judenvermögensabgabe auf, außerdem musste er im Frühjahr 1939 alle Edelmetalle in seinem Besitz abliefern. Er sah sich außerdem gezwungen, seine Geschäftsanteile an der Firma Paul Richter GmbH abzugeben.

Hinzu kam die Zerstörung seiner Villa in der Kapellenstraße 27 in Mainz-Gonsenheim samt Mobiliar und Kunstwerken in der Pogromnacht am 10./11. November 1938. In einem Wiedergutmachungsverfahren nach 1945 bezifferte er den Schaden durch Zerstörung und Diebstähle in dieser Nacht auf 41.500 RM. Leider fehlt in den Akten eine genaue Auflistung der Kunstwerke, sodass eine Rekonstruktion der Sammlung zur Zeit nicht möglich ist.

Kurz vor der Emigration verkaufte Schottländer seine Mainzer Villa an das Deutsche Reich, sie wurde daraufhin vom Heer genutzt. Der Kaufpreis von 26.000 RM wurde auf ein Sperrkonto bei der Dresdner Bank überwiesen, über das Schottländer bis auf einen Sockelbetrag von 2.200 RM nicht frei verfügen konnte. Die schwierigen Verhandlungen mit den nationalsozialistischen Behörden führte sein Steuerberater Dr. Emil Kraus (1893 – 1972) in Mainz. Kraus war von 1931 bis 1933 Bürgermeister der Stadt Mainz gewesen und beriet nach seiner von den Nationalsozialisten erzwungenen Absetzung als Steuerberater viele jüdische Verfolgte. Emil Kraus konnte kleinere Beträge aus diesem Vermögen zur Unterstützung von Verwandten Schottländers einsetzen. Drei Jahre nach der Emigration Schottländers beschlagnahmte das Finanzamt Mainz das restliche Kapitalvermögen im Inland.

Bei seiner Ausreise in die Schweiz gelang es Schottländer, einige Kunstwerke mit in die Emigration zu nehmen, darunter auch die im November 1938 zerstörte „Seilspringerin“. Zuvor hatte er dieses Bild und das „Mauerbild“ noch restaurieren lassen. Dies geht aus seinem Briefwechsel mit Willi Baumeister und aus dessen Tagebucheinträgen hervor. Denn Baumeister erhielt die zerstörten Teile des „Mauerbildes“ am



Die Rückseite der „Seilspringerin“ mit dem trotz Restaurierung noch deutlich sichtbaren Schnitt.

Willi Baumeister: Seilspringerin. Von der Familie Schottländer oft als „gymnastische Szene“ bezeichnet. Entstanden 1928, Öl auf Leinwand, Inventarnummer DKM 83, Werkverzeichnis 447.

Ebenfalls 1938 wurde ein Wandbild von Willi Baumeister in Waiblingen zerstört – mit einer ähnlichen gymnastischen Szene.
Mehr unter www.staatsanzeiger.de/momente